

Groß-Berliner Wohnungspolitik nach dem Krieg.

Der trotz verhältnismäßig kurzer Zeit seines Bestehens zu bedeutender Wirksamkeit gelangte Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen hielt gestern im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Berliner Rathauses unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Dr. Dernburg seine 3. Generalversammlung ab. Wie bisher, so waren auch diesmal fast alle an der zukünftigen Gestaltung Groß-Berlins beteiligten Persönlichkeiten erschienen. Man sah u. a. den neuen Kriegsminister General v. Stein, Reichstags- und Landtagsabgeordnete, den Reichsbankpräsidenten v. Havenstein, Oberbürgermeister Wermuth, Ministerialdirektor Dr. Freund und Geheimrat Stölzel vom Ministerium des Innern, Oberpräsidialrat Freiherr v. Maltzahn, die Herren der königl. Regierung, Geheimrat Freise als Vertreter des Berliner Polizeipräsidiums, die Polizeipräsidenten v. Herzberg, v. Lüdinghausen und Lewald, Verbandsdirektor Steiniger, Landrat Busch, Oberbürgermeister Dominicus und Kaiser und die Vertreter der anderen etwa 40 Kommunen.

Der Geschäftsführer Dipl.-Ing. Lenjer gab einen Bericht über die Tätigkeit des Vereins und die Groß-Berliner Wohnungspolitik im Kriege. Die Mitgliederzahl hat sich trotz des Krieges um 20 v. H. vermehrt. Nach einem kurzen Rückblick über die Maßnahmen des Reichs, des Staats und der Gemeinden auf dem Gebiete des Wohnungswesens teilte er u. a. mit, daß im Mai 1917 eine zweite Zählung der leerstehenden Wohnungen nach neuen Gesichtspunkten in Groß-Berlin durchgeführt werden wird, daß die Wiedereröffnung der Wohnungsämter notwendig erscheint, ebenso im Hinblick auf die heimkehrenden Krieger die Errichtung eines einheitlichen Wohnungsnachweises für Groß-Berlin. Das Bestreben des Vereins zur Beschaffung billigen Baulandes zur Unterbringung kinderreicher Familien z. B. in der Jungfernheide wurde gestreift. Die Grundsätze für die Beschaffung von Kriegsbeschädigten und erweiterte Kleingartenbereitstellung als Folgeerscheinung des Krieges kennzeichnete er und stellte dann das Programm für die Belegung der gemeinnützigen und privaten Bautätigkeit nach dem Kriege auf. Neben einer großen Aufklärungsarbeit durch zahlreiche Vorträge, Flugblätter, Ausstellungen hat der Verein auch die Beschaffung guten, billigen Hausrats für Kriegsgeehrte für die Zeit nach dem Kriege ins Auge gefaßt.

Danach sprach Carl Friedrich v. Siemens in seinem Vortrage über die

„Bedeutung der Wohnungsfrage für die Industrie“.

die Gründe, welche die Industrie veranlassen, an dem Wohnhausbau für ihre Arbeiterschaft teilzunehmen. Er betonte, daß auch die in Großstädten angesessene Industrie, für welche die direkte Notwendigkeit zur Eigenherstellung von Wohnungen für ihre Arbeiter nicht vorhanden ist, ein großes Interesse an einer gesunden Unterbringung ihrer Arbeiter hat, doch müßte dies auf einem Wege geschehen, der wohl dem Industriellen die Sicherheit gibt, daß die Mittel, welche er zur Verfügung stellt, zum größten Teil seiner Arbeiterschaft zugute kommen, auf der anderen Seite den Arbeitnehmer davon bewahrt, daß ein Wechsel der Arbeitsstätte gleichbedeutend mit dem Verluste seines Heims ist. Dieser Interessengegensatz könnte in den meisten Fällen durch das vermittelnde Glied der gemeinnützigen Bautätigkeit ausgeglichen werden. Daran anschließend sprach Frh. Thielcke, der Direktor des Grundstücksamts der Stadt Neukölln, über die „Gemeindliche Grundstückspolitik nach dem Kriege“. Nach seinen Ausführungen werden die Gemeinden in Zukunft infolge der gegebenen sozialpolitischen und finanziellen Notwendigkeiten in stärkerem Maße als bisher praktische Grundstückspolitik betreiben müssen. Diese Gemeinde-Grundstückspolitik hat sich nach etwa folgenden Richtungen zu bewegen: 1) Erwerb und Erschließung von Gelände, 2) Bewertung von Gelände unter Einwirkung auf die Wohnungsherstellung und Gestaltung, 3) Bewertung von Grund und Boden unter Wahrnehmung und Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen, 4) Maßnahmen zur Umgestaltung bereits bebauter Stadtgebiete. An Hand von Beispielen und unter Erörterung von Maßnahmen, wie sie auch zum Teil von Neukölln getroffen worden sind, legte der Redner die Bedeutung und Zweckmäßigkeit einer geeigneten gemeindlichen Grundstückspolitik dar. Dabei wurde von ihm als für den Erfolg wesentlich vorausgesetzt, daß die Durchführung einer solchen Grundstückspolitik nicht allein auf verwaltungstechnischem Wege erfolgen darf, sondern auch eine kaufmännische Behandlung der sich ergebenden Fragen notwendig wird.